



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/12921, 17/14298

Mögliche Auswirkungen der Einführung neuer Rechnungslegungsstandards (EPSAS) durch die EU auf Bayern ausleuchten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich über das EPSAS-Projekt der Europäischen Kommission und seine möglichen Auswirkungen auf den Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Inwieweit ist die Staatsregierung in die Erarbeitung von EPSAS eingebunden?

- Gibt es eine Rechtsgrundlage, auf der die EU die Einführung von EPSAS beschließen kann? Wenn ja, welche?
- Wie bewertet die Staatsregierung Nutzen und Kosten der möglichen flächendeckenden, zwingenden Einführung von EPSAS in Bayern?
- Gibt es eine seriöse, belastbare Abschätzung der zu erwartenden Kosten für die Einführung von EPSAS – einmalig und laufend – für den Freistaat und die bayerischen Kommunen?
- Inwieweit wäre bei einer EU-weiten Einführung von EPSAS das Subsidiaritätsprinzip gewahrt?
- Ist eine Vereinheitlichung der Rechnungslegung angesichts der sehr unterschiedlich strukturierten Mitgliedstaaten nach Ansicht der Staatsregierung überhaupt realistisch?
- Hält die Staatsregierung die verpflichtende Einführung eines doppelten Rechnungswesens in Deutschland für sinnvoll und geeignet, um Staatsschuldenkrisen in der EU in Zukunft zu vermeiden?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident